

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/07/2010
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 26.10.2010
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Mitteilung Sozialticket
Vorlage: 0930/2010
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Bericht aus dem Behindertenbeirat
6. Bericht aus dem Integrationsrat
7. Wohnungsmarktbericht 2010
Vorlage: 0862/2010
8. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2011
Vorlage: 0791/2010
9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Anwesenden.

Frau Helling bittet, zu Beginn der Tagesordnung eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen. Sie berichtet, dass sie im Dezember des letzten Jahres als Mitglied des ARGE-Beirates gewählt worden sei. Sie habe bisher nicht einmal eine Einladung dorthin erhalten. Das gelte auch für die anderen Mitglieder ihrer Fraktion. Die Fraktion habe am 08. September in einer E-Mail an Frau Kaus-Köster nachgefragt, leider bis heute keine Antwort erhalten. Sie habe gerade gehört, dass der ARGE-Beirat heute nochmals getagt habe. Sie unterstelle keine Böswilligkeit von Seiten der ARGE, aber es sehe so aus, dass dort organisatorische Defizite vorlägen. Sie bäte darum, dass diese abgestellt würden.

Herr Dr. Schmidt entschuldigt sich im Namen der ARGE, ohne zu wissen, wo das Problem liege. Es sei Aufgabe der Geschäftsleitung der ARGE, darauf zu achten, dass Einladungen ordnungsgemäß zugestellt würden. Er werde den Vorsitzenden bitten, sicherzustellen, dass es zukünftig keine Probleme mehr damit gebe.

Mitteilungen

Frau Kreiss berichtet, dass es seit kurzem für Hagen einen Stadtplan für Menschen mit Behinderungen im Internet gebe. Dort seien Informationen zur Zugänglichkeit von Gebäuden für Rollstuhlfahrer und andere behinderte Menschen abzurufen.

Weiterhin habe Frau Gleiß – Geschäftsführerin des Behindertenbeirates - ein Verzeichnis der Hagener Arztpraxen ins Internet gestellt, die Informationen zur Barrierefreiheit ihrer Praxis zur Verfügung gestellt hätten.

Die Inhalte lägen auch in Form einer Broschüre vor.

Herr Steuber informiert darüber, dass ein Gesetzentwurf in das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des SGB II eingebracht worden sei. Danach solle der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft für die Leistungsempfänger von SGB II ab 2011 auf 24,5 % von jetzt 23 % erhöht werden. Das könnte für die Stadt Hagen Mehrerträge in Höhe von rund 700.000 € bedeuten.

Frau Priester-Büdenbender macht auf die ausgelegte Mitteilung zum Sozialticket des VRR aufmerksam. Auf Anregung von Herrn Söhnchen schlägt sie vor, dieses Thema als ordentlichen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu nehmen.

3. Mitteilung Sozialticket
Vorlage: 0930/2010

siehe TOP 2 – Mitteilungen -

4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

5. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Wirth berichtet aus dem Behindertenbeirat.

6. Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Kilic berichtet aus dem Integrationsrat.

Herr Söhnchen ergänzt die Ausführungen von Herrn Kilic.

7. Wohnungsmarktbericht 2010

Vorlage: 0862/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Wohnungsmarktbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

8. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2011
Vorlage: 0791/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Priester-Büdenbender schlägt vor, das Haushaltssicherungskonzept 2011 in der heutigen Sitzung als 1. Lesung zu betrachten und die Maßnahmen anhand der beigelegten Anlage nacheinander zu beraten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Maßnahme 53.003 Sachkosten-Einsparung TP 4121 Amt 53

Nach einer Frage von Frau Helling erklärt Frau Kurnoth vom Gesundheitsamt, dass man davon ausgehen könne, dass Sachkosten eingespart werden könnten, wenn die pharmazeutisch-technische Lehranstalt an die Apothekenkammer abgegeben würde.

Maßnahme 53.004 Sachkosten-Einsparung TP 4140 Amt 53

Nach der Frage von Frau Buchholz, ob eine solche Einsparung planbar sei, antwortet Frau Kurnoth, dass das nicht der Fall sei. Sollten sich die Voraussetzungen ändern, müsste mehr Geld für den Zweck bereitgestellt werden. Sie bejaht die Frage von Herrn Beuth, dass es sich um eine Pflichtaufgabe handelt.

Maßnahme 53.005 Zuschussgewährung Schwangerschaftskonfliktberatungen

Herr Beuth stellt fest, dass die Auswirkung dieser Sparmaßnahme sei, dass vier konfessionelle Anbieter auf dem Markt verblieben. Das halte er für nicht akzeptabel.

Frau Helling schlägt vor, beim Land auf eine zukünftig andere Verteilung der Zuschüsse einzuwirken. Sie halte das reine Angebot von kirchlichen Anbietern auch nicht für sinnvoll.

Frau Buchholz weist darauf hin, dass die Anbieter bereits Landeszuschüsse erhielten. Dabei handele es sich um einen Grundzuschuss. Mit dem städtischen zusätzlichen Zuschuss würden weitere Aufgaben finanziert, die sie persönlich für sehr wichtig halte. Ein Beispiel sei Präventionsarbeit. Sie halte die Einsparung für nicht tragbar.

Herr Henschel führt aus, dass die kirchlichen Einrichtungen auch Zuschüsse von anderer Seite bekämen. Er sei auch für den Verbleib einer städtischen Einrichtung neben den kirchlichen Einrichtungen.

Frau Kurnoth macht deutlich, dass der Vorschlag zwar aus ihren Reihen käme. Das bedeute aber nicht, dass man die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen für nicht notwendig erhielten. Das Gegenteil sei der Fall. Man habe diesen Vorschlag unter den Sparzwängen der Stadt Hagen gemacht. Die Unterstüt-

zung und Einrichtung dieser Konfliktberatungsstellen sei Aufgabe des Landes. Das sei der Grund für diesen Vorschlag gewesen, der ab 2012 verwirklicht werden solle. Sie berichtet weiterhin darüber, dass es schon lange Schwierigkeiten mit dem Träger „Donum Vitae“ gebe. Das sei eine Beratungsstelle in Hagen, die bisher keinen Zuschuss bekommen habe. Diese sei bereit, dagegen auch rechtliche Schritte einzuleiten. Die rechtliche Bewertung gehe dahin, dass entweder alle Träger gleich beteiligt würden oder keiner einen Zuschuss erhalte. Daher müsse dieser Träger auch zukünftig berücksichtigt werden, wenn man von der Realisierung der Sparmaßnahme absähe.

Maßnahme 55.013 Zuschuss für die Freiwilligenzentrale

Herr Ludwig hält die Maßnahme für kontraproduktiv. Die Stadt baue doch auf das Ehrenamt.

Frau Priester-Büdingender pflichtet der Aussage von Herrn Ludwig bei.

Herr Ciupka fragt, was es denn für Alternativen gebe. Man solle nicht nur darüber sprechen, was nicht gehe, sondern auch fragen, was denn stattdessen gehe.

Frau Buchholz weist darauf hin, dass es sich um einen relativ kleinen Zuschuss handele, dessen Gegenwert viel höher sei. Dieser Gegenwert müsste auch berücksichtigt werden.

Herr Ciupka macht deutlich, dass es sich um ein zeitlich befristetes Modellprojekt gehandelt habe. Wo könne alternativ gespart werden?

Herr Hentschel stimmt der Meinung von Frau Buchholz zu.

Herr Wegener bittet die Mitglieder der Fraktionen, sich in ihren Beratungen mit dem Thema „Freiwilligenzentrale“ intensiver zu beschäftigen. Er weist auf die Bedeutung dieser Einrichtung hin.

Frau Weickenmeier teilt die Meinung von Herrn Wegener. Die Nachfrage in der Freiwilligenzentrale sei nach Reduzierung der Besetzung des Seniorenbüros aktuell stark gestiegen.

Maßnahme 55.014 Sachkostenreduzierung 55/0

- bereits realisiert -

Maßnahme 55.047 Objektbetreuung Asylbereich (globale Sachkosten)-Aufgabe von Asylbewerberunterkünften

- bereits realisiert –

Maßnahme 55.050 Schuldnerberatung

- bereits realisiert –

Maßnahme 55.078 Obdachlosenangelegenheiten

- bereits realisiert –

Maßnahme 55.111 Senkung Globale Sachkosten im SGB XII-Bereich

- wird realisiert –

Maßnahme 55.114 Gebühr für Heimaufsicht

Auf Frage von Frau Buchholz erläutert Frau Kreiss den Hintergrund der Maßnahme, der auf der Änderung des Gebührenrechtes für Heimneubauten beruht und landesweit eingeführt wird.

**Maßnahme 55.150a Offene Kinder- und Jugendarbeit
(Kinder- und Jugendförderplan, hier Teilplan 5113)**

- bereits realisiert –

Maßnahme 55.153 wegbrechende Refinanzierung „soziale Stadt Altenhagen“

- bereits realisiert –

Maßnahme 55.155 Seniorenbegegnungsstätten

Herr Ludwig teilt mit, dass es zu dieser Maßnahme als zu der nächsten Maßnahme– Verträge 55/0) eine Einladung an die Fraktionen zum 03. November gegeben habe, sich in den Räumen des DPWV über die Inhalte auszutauschen. Die Wohlfahrtsverbände wollten ihre Standpunkte deutlich machen. Er lade herzlich ein, an der Diskussion teilzunehmen.

Maßnahme 55.157 Verträge 55/0

- siehe Maßnahme 55.155

Maßnahme 55.167 Leistungsgewährung an Asylbewerber

- keine Besonderheiten –

Maßnahme PK.3110 Personalkosteneinsparung im PT 3110 Interne Dienste 55

Herr Steuber erklärt, dass diese Maßnahme ein gutes Beispiel dafür sei, wie die Verwaltung auch bei sich selbst spare. Das sei eine enorme Arbeitsverdichtung.

**Maßnahme PK.3111 Personalkosteneinsparung im GTP 3111
Grundversorgung/Leistungen nach SGB XII /
globaler Sachaufwand**

Frau Priester-Büdenbender erläutert hierzu, dass die Aufgaben des Seniorenbüros auf zwei Stellen verteilt würden.

Frau Kreiss macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass nicht sämtliche Aufgaben verteilt werden könnten. Auch bei der Pflege- und Wohnberatung würde eine Stelle eingespart. Sie macht darauf aufmerksam, dass man sich dann nur noch auf die pflichtigen Aufgaben beschränken müsse. Der Bürger werde die Einsparung schmerzhaft spüren.

Herr Steuber macht eine Anmerkung zur Grundsicherung und zur Hilfe zum Lebensunterhalt. Hier würde es dazu führen, dass die Stadt Hagen Spitzenreiter in NRW mit der Fallzahlenbelastung würden. Die Kollegen ließen sich darauf ein. Eine weitere Bedrohung liege darin, dass die Stellenbewertungen neu vorgenommen werden sollten. Eine Abwertung der Stellen könnte die Folge sein. Die Frage stelle sich, ob die Arbeitsverdichtung auf Dauer so funktionieren werde, da die Fallzahlen voraussichtlich auch dauerhaft steigen würden.

Maßnahme PK.3112 Grundsicherung nach SGB II

Frau Priester-Büdenbender teilt mit, dass eine Stelle bereits realisiert sei.

Herr Dr. Brauers erklärt dazu, dass alle Mitarbeiter in dem TP 3112 von der ARGE refinanziert würden. Die Einsparung sei im Bereich der Wohnraumsicherung vorgenommen worden. Das bedeute für die verbleibenden Mitarbeiter eine Arbeitsverdichtung.

Nach Rückfrage von Herrn Beuth auf die Gefahr wachsender Obdachlosigkeit in Hagen kann Herr Stüwe die Befürchtung zerstreuen. Es gehe hierbei um die Übernahme von Mietrückständen für Personen, die SGB-II-Leistungen bezögen. Es handele sich hier um eine Aufgabe, die eigentlich von der ARGE durchgeführt werden müsste. Die Aufgabe sei jedoch in den Fachbereich Jugend & Soziales rückverlagert worden.

Vier Planstellen seien um eine Planstelle reduziert worden. Das habe zur Folge, dass der Interventionspunkt, wann man mit der Hilfe einsetze, nach hinten verlagert würde.

**Maßnahme PK.3113 Personalkosteneinsparung im TP 3113
Leistungen für Asylbewerber**

**Maßnahme PK.3115 Personalkosteneinsparung im TP 3115
Soziale Einrichtungen**

**Maßnahme PK.3151 Personalkosteneinsparung im TP 3151
Sonstige soziale Einrichtungen**

Herr Steuber macht deutlich, dass diese Einsparung Konsequenzen für den Bürger haben werde. Das Angebot im Bereich des Versicherungsamtes könnte nicht mehr in den Bezirken in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden. Das würde sich auch die Wartezeiten auswirken.

**Maßnahme PK.4121 Personalkosteneinsparung im TP 4121
Pharm.techn.Lehranstalt**

**Maßnahme PK.4140 Personalkosteneinsparung im TP 4140
Gesundheitsschutz- und -pflege**

**Maßnahme PK.5113 Personalkosteneinsparung im TP 5113
Projekt Soziale Stadt**

Herr Beuth weist auf die Maßnahme OBGB.001 – Einstellung Zuschuss für Beratungsstelle- auf Seite 82 hin. Diese befände sich im Teil der bereits abgeschlossenen Maßnahmen. Das könne er nicht verstehen, weil der Sozialausschuss den Kürzungsvorschlag abgelehnt habe.

Auch Frau Buchholz kann diese Logik nicht nachvollziehen.

Herr Steuber sichert zu, diese Angelegenheit zu klären.

Anmerkung der Schriftführerin:

Wie Sie der beigefügten Anlage entnehmen können, wurde die Maßnahme versehentlich im HSK-Paket 2011 in die „bereits abgeschlossenen Maßnahmen“ einsortiert. Der Zuschuss für die Zuwanderungsberatungsstelle soll daher erneut im Sozialausschuss und abschließend im Rat der Stadt Hagen beraten werden.

Herr Kilic ist der Meinung, dass im Asylbewerberbereich ein hoher Betrag eingespart würde. Gebe es weniger Asylbewerber? Er möchte wissen, inwiefern sich ein Einspareffekt ergebe.

Herr Stüwe, Herr Dr. Schmidt und Herr Dr. Brauers beantworten die Fragen von Herrn Kilic.

Frau Priester-Büdenbender schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt das Haushaltssicherungskonzept in 1. Lesung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 15Dagegen: 0Enthaltungen: 0**9. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung**

Herr Beuth berichtet von einem Schreiben von Herrn Finkensiep vom CVJM, in dem dieser seine Sorge zum Ausdruck brächte, dass die Einrichtung gefährdet sei, weil die Verträge gekündigt seien und neue Verträge ausgehandelt werden sollten. Im Moment finde keine Belegung für seine Einrichtung mehr statt. Er fragt die Verwaltung nach dem Hintergrund und dem Stand der Angelegenheit.

Herr Steuber erklärt, dass der Hintergrund der sei, dass es neue Regelungen über eine Zuständigkeit des Landschaftsverbandes gebe für den hier im Wesentlichen betreuten Personenkreis mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Hier sei unter bestimmten Voraussetzungen eine Zuständigkeit des Landschaftsverbandes gegeben und damit die Kostenträgerschaft der Stadt Hagen übertragen auf den Landschaftsverband.

Seit Anfang des Jahres sei man in vielen Gesprächen damit beschäftigt, im Einzelfall den Hilfebedarf und damit die Zuständigkeit zu recherchieren. Besonders bei neuen Fällen müsse abgeklärt werden, welche Hilfeform hier in Frage kommen könne. Wenn der CVJM bereit und in der Lage sei, die Voraussetzungen in seinen Einrichtungen zu schaffen, könne die Zukunft der Einrichtung gesichert werden. Die Bereitschaft zur Veränderung müsse da sein.

Herr Stüwe ergänzt die Ausführungen.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.30 Uhr

gez. Petra Priester-Büdenbender
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin